

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Redaktionszeitung des Großherzoglichen Hofes in Dresden, monatlich 3.00 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Zinsen), sonst 2.00 Mk. einjährlich 24 Pfg. Bezugspreis (ohne Postzuschlag) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Geschäftsnummer 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Anzeigenpreis: Die erste Zeile zu 100 Pfg., die zweite zu 60 Pfg., die dritte zu 40 Pfg., die vierte zu 30 Pfg., die fünfte zu 20 Pfg., die sechste zu 10 Pfg. Langfristige Anzeigen zu besonderen Konditionen. Adressen: Dresden, Taschenstraße 11. Telefon 4841. Adressänderungen sind willkommen.

Druck u. Verlag: Hentschel & Hentschel, Dresden, Taschenstraße 11. Druck und Verlag: Hentschel & Hentschel, Dresden, Taschenstraße 11. Druck und Verlag: Hentschel & Hentschel, Dresden, Taschenstraße 11. Druck und Verlag: Hentschel & Hentschel, Dresden, Taschenstraße 11.

Deutschland zahlt keine Tribute mehr

Wichtige Erklärungen des Reichskanzlers

Berlin, 10. Jan. Statt der erwarteten Entscheidung in der Frage der Reichspräsidentenwahl hat am Sonnabendabend Reichskanzler Dr. Brüning dem Chefredakteur des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüros eine aufsehenerregende programmatische Erklärung gegen weitere Tributzahlungen abgegeben. Die entscheidenden Sätze der Erklärung des Reichskanzlers haben folgenden Wortlaut:

„Es liegt klar zu Tage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Ueberlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.“

Der Wortlaut des Kanzler-Interviews

Insgesamt erklärte Reichskanzler Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Räte der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz in Lausanne dem Chefredakteur des WTB, daß der Reparationskonferenz eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten,

trotz der Fülle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen.

Außerdem würden die zuständigen Ressortminister, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold, teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär von Bülow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutenden Konferenz naturgemäß auch das auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Wichtigste sei aber dabei darauf genommen worden, durch Zurücklassung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichskanzler, die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinetts in Berlin, namentlich für etwaige Rückfragen der Lausanner Delegation, sicherzustellen.

Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswärters und Reichsinnenministers Dr. h. c. Groener stehen.

Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Reichsrates des Reichstages hin, in der bekanntlich vor kommunistischen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden solle.

In seiner Antwort verneinte der Reichskanzler diese Bedenken keineswegs, sagte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingangs erwähnten Grunde das absolut Vordringliche sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Reichsrates eigentlich für

ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung der reparationspolitischen Fragen finden könne.

Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirkt, für Ende des Jahres dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein.

In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anschäde, die wichtigsten vaterländischen Interessen des Landes an seine Vertreter im Reichstag zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen doch nicht gut möglich.

Die Frage des Pressevertreters, ob er diese Ausführungen des Reichskanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Reichskanzler ausdrücklich. Der Pressevertreter fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruheten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Abordnung in

Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei.

Der Reichskanzler unterdrückte sein Erstaunen über diese Frage nicht und betonte, daß

irgendwelche Zweifel an der Haltung der deutschen Abordnung in Lausanne doch nicht gut möglich sei.

Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Veröffentlichungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Neuerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte.

Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlußfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verderblichen Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel dastünden.

Keinlei Beweise der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei,

gebietet ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordern.

Das, wozu die Entschlieungen der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verweise, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage stünden. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß die Voraussetzungen, von denen feinerzeit die Verfasser des Youngplans ausgingen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Herr Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt.

An dieser Stelle gab Brüning dann die an den Anfang gestellten Erklärungen ab.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt anstehenden Schlußfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden, und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Verhandlung wirtschaftlicher Probleme nicht durch politische Gedankenengänge beeinflussen zu lassen.

Zwischen den beteiligten Regierungen ist nunmehr endgültig und offiziell vereinbart worden, daß die Schulden- und Tributkonferenz in Lausanne am 25. Januar beginnt.

Der englische Botschafter bei Brüning

London, 10. Januar. Unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlichte gestern der „Star“ ein Reuters-Telegramm aus Berlin über einen Besuch des englischen Botschafters bei Brüning. Hierbei verständigte der Kanzler den englischen Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könne, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden solle.

Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationsforderungen eintreten. Das deutsche wirtschaftliche Leben stehe jetzt am Rande des vollständigen Zusammenbruchs.

Weitere Meldungen zur Brüning-Aktion Seite 21

Brünings Nein

Nach langem Schweigen hat der Reichskanzler jetzt endlich das erlösende Wort, die rettende Lösung, das ehrliche Nein ausgesprochen. Er hat gesagt, was heute ganz Deutschland denkt und von seinen Staatsmännern erwartet: Unsere Lage gestattet uns nicht mehr, Tribute jetzt oder künftig zu zahlen. Brüning leitet seine Stellungnahme aus dem Baseler Bericht ab, der, wie er ausführte, klipp und klar besage, daß Deutschland faktisch zahlungsunfähig sei, und daß darüber hinaus die deutschen Zahlungen die Ursache für die Lähmung der ganzen Welt seien. Da selbst der Baseler Bericht festhalte, daß die Voraussetzungen, von denen feinerzeit die Verfasser des Youngplans ausgegangen seien, sich grundlegend geändert hätten, könne man billigerweise von Deutschland keine Tribute mehr verlangen. Die Teile, die Brüning hierbei entwickelt, läßt sich etwa folgendermaßen formulieren: Deutschland ist zahlungsunfähig geworden, der Youngplan ist hinfällig, es besteht auch keine Aussicht, daß Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt wieder zahlungsfähig wird, denn seine Finanzkraft ist durch die Zahlungen an seine Privatgläubiger hinreichend in Anspruch genommen. Würde es Tribute weiterzahlen, so könnte es seine Privatgläubiger nicht bezahlen, ohne daß eine Garantie bestünde, daß es für einen späteren Zeitpunkt nicht doch auch die politischen Tribute einstellen müßte. Aus diesem Grunde gäbe es für die deutsche Regierung keinen Spielraum zu Ueberlegungen. Sie könne auf der Konferenz nur diese Sachlage klarstellen und den anderen Regierungen es überlassen, wie sie mit diesen realen Tatsachen fertig werden wollten. Das ist der Kern der Ausführungen, die der Reichskanzler am Sonnabendabend dem Chefredakteur des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüros machte, und die in aller Welt lebhaftes Aufsehen erregt haben.

Uns Deutschen sind allerdings diese Gedankenengänge Brünings heute in allen Schichten und Parteien tunlich vertraut. War es auch vor zwei Jahren erst die nationale Opposition, die mit derselben Begründung, die Brüning jetzt gibt, einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Erfüllungspolitik entfechtete, so gibt es heute eigentlich keine politische Richtung, die nicht voll und ganz von der Verderblichkeit der Tribute für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes erfüllt ist. Selbst die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften — durch Jahre hindurch die fanatischsten Vorkämpfer der Erfüllungspolitik und der Hand in Hand damit gehenden Aufnahme ausländischer Anleihen zu jedem Preis — sind heute durch die unerbittlichen Tatsachen in unenterrubarer Zwangslage zu Gegnern der Tributpolitik geworden. Freilich zu einem Zeitpunkt, in dem Deutschland, wie der Reichskanzler selbst andeutet, vor einer gefährlichen wirtschaftlichen Katastrophe steht, und nachdem wir im Gefolge der Erfüllungspolitik Maßnahmen ergriffen mußten, die in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel dastehen. Freilich bleibt die Frage bestehen, ob Deutschland und der Welt nicht viele Opfer erspart worden wären, wenn wir das ehrliche Nein, das der Reichskanzler jetzt ausgesprochen hat, schon zur Zeit der Youngplanverhandlungen geäußert hätten, so wie es die nationale Opposition verlangte. Allein wir wöhlen über Vergangenes nicht rechten, wichtig ist allein die Gegenwart. Wichtig ist vor allem, daß die Welt begreift, hinter der Erklärung des Kanzlers steht das ganze deutsche Volk wirklich einmütig und geschlossen. Das Ausland hat sich ja leider seit zwölf Jahren daran gewöhnt, daß Deutschland zuerst immer sein Unannehmbar spricht und es dann schließlich auf die leiseste Drohung der Gegenseite leutzend in ein „fastes Ja“ umwandelt. Aber das bisherige Geschehen der Welt deutet darauf hin, daß man beargwöhnen hat, daß die Belten vorbei sind, in denen die verantwortlichen Vertreter der deutschen Politik schließlich immer wieder die Sklavensketten freiwillig aufnahmen. Heute sind, wie der Reichskanzler selbst erklärte, die Einsichten in die Notwendigkeiten der jetzt anstehenden Schlußfolgerungen auch im Lager unserer Tributgegner zu sehr gemächelt. Vergeßt doch heute kein Tag mehr, an dem nicht irgendein führender Politiker oder Wirtschaftler im neutralen oder angelegentlichsten Lager seine Stimme erhebt, um vor den verhängnisvollen Folgen der Tribute auf alle Völker zu warnen. Brüning hat mit Recht darauf hinzuweisen, daß es nur noch auf den Mut zur Verwirklichung der angenommenen Einsichten ankommt. Die letzten Wochen haben leider wieder bewiesen, daß die Staatsmänner der Gegenseite unter dem wirtschaftlichen Druck und den goldenen Reden Frankreichs diesen Mut zu einer endgültigen Reinigung der politischen Atmosphäre in Lausanne nicht gefunden hätten. In einer solchen Lage konnte ein unheilvolles Provisorium nur vermieden werden durch eine klare deutsche Erklärung, die die Staatsmänner vor vollendete Tatsachen stellt, mit denen sie sich auf Grund der veränderten Verhältnisse abzufinden haben. Es wird vielleicht als auffällig empfunden werden sein, daß der Reichskanzler für seine Auffassen erregenden Erklärungen den Weg des Interviews durch den Leiter des halbamtlichen deutschen Telegraphenbüros wählte. Ebenso sehr wird dem aufmerksamen Leser auffallen, daß der Kanzler seine in der Sache unumkehrbar klaren Ausführungen in ein recht diplomatisches Gewand verkleidet hat. Er vermeidet es sorgfältig, aber die Festhaltung des festigen und künftigen Unvermögens zu Tributzahlungen hin- und eine Stellungnahme zu dem Problem der Tribute zu geben. In er kleidet seine Erklärung in zahlreiche Bemerkungen zur gegenwärtigen inner- und außenpolitischen Lage, die in diesem Zusammenhang wenig Interesse erwecken können. Daß Brüning selbst nach Lausanne fährt, ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Ebenso wenig bemerkenswert erscheint